

## „Rotes Foyer“ – SPÖ fordert Joboffensive für Langzeitarbeitslose

Utl.: Rendi-Wagner: „Jobaktion gibt Chancen und Zuversicht“ –  
Muchitsch: Aktion 40.000 kostet weniger als Einmalzahlung für  
Arbeitslose – Kollross sieht „Empathie-Elchtests“ für Kurz =

Wien (OTS/SK) – Eine Joboffensive für 40.000 Langzeitarbeitslose fordern heute, Montag, SPÖ-Bundesparteivorsitzende, Klubobfrau Pamela Rendi-Wagner, SPÖ-Sozialsprecher Josef Muchitsch und SPÖ-Kommunalsprecher Andreas Kollross im „Roten Foyer“. „Die Corona-Krise verschärft auch die Situation am heimischen Arbeitsmarkt“, sagt Rendi-Wagner angesichts der 140.000 Menschen in Österreich, die schon länger als ein Jahr beschäftigungslos sind. „Menschen, die länger als ein Jahr trotz aller Bemühungen keinen Job bekommen, brauchen Unterstützung und eine ehrliche Chance. Wenn sie etwa in Gemeinden wertvolle Arbeit leisten können und dafür bezahlt bekommen, ist allen geholfen“, so Rendi-Wagner, die eine Joboffensive fordert: „Wir wollen, dass 40.000 sinnvolle neue Jobs für Langzeitarbeitslose geschaffen werden – Jobs, die auch einen gesellschaftlichen Mehrwert für uns alle haben.“ Damit können auch die Gemeinden bei ihren Leistungen im Pflegebereich, den Test- und Impfstraßen oder auch bei der Instandhaltung von Grün- und Parkflächen unterstützt werden. „Diese Jobaktion gibt wieder Perspektive, Chancen und Zuversicht“, so Rendi-Wagner, die für die nächste Nationalratssitzung einen entsprechenden Antrag ankündigt.  
\*\*\*\*

Die Bundesregierung mache bei der Bekämpfung der Rekordarbeitslosigkeit einen großen Fehler, sagt Muchitsch: „Sie moderiert die Rekordarbeitslosigkeit, aber tut nichts dagegen“, so der Sozialsprecher, für den es deutlich zu wenig ist, nur auf das Wirtschaftswachstum zu warten: „Österreich ist Schlusslicht, wir haben den stärksten Wirtschaftsabschwung in der EU.“ Um jene Menschen zu unterstützen, die durch Corona unverschuldet ihren Job verloren haben und nach 12 Monaten keine neue Anstellung finden konnten, fordert Muchitsch ein neues Beschäftigungsprogramm – die „Aktion 40.000“.

Diese Joboffensive, die an die unter Schwarz-Blau eiskalt abgeschaffte „Aktion 20.000“ anknüpft, soll allen Altersgruppen offenstehen. Konzipiert ist das Modell für zwei Jahre, wobei der Bund

im ersten Jahr die volle Finanzierung übernimmt. Die Kosten für diese Initiative beziffert Muchitsch je nach Auslastung zwischen 150 und 270 Mio. Euro im ersten Jahr. „Es ist sinnvoll, ehestmöglich zu starten, weil wir 40.000 Menschen, die ansonsten übrig bleiben, eine Perspektive geben und auch den Gemeinden helfen“, so Muchitsch, der betont, dass die „Aktion 40.000 den Staat weniger kostet als die Almosen-Aktion der Bundesregierung mit den Einmalzahlungen für Arbeitslose“.

Von einer „Win-Win-Situation“ spricht auch Kollross angesichts der angespannten finanziellen Situation bei Städten und Gemeinden. „Es wird Zeit, dass der Staat Verantwortung für jene Menschen übernimmt, die auf dem freien Markt keine Chance mehr auf Beschäftigung haben“, so der Bürgermeister aus Trumau. Mit dem SPÖ-Modell „würden neue Beschäftigungsverhältnisse in Gemeinden entstehen“, sagt Kollross, der davon ausgeht, dass viele TeilnehmerInnen der Aktion 40.000 nach zwei Jahren bei den jeweiligen Arbeitgebern übernommen werden. Für Kanzler Kurz sieht Kollross nun einen „Empathie-Elchtest“ gekommen, denn es stelle sich die Frage, ob er lieber 210 Mio. Euro für Eigenwerbung oder für Beschäftigung ausgeben möchte. (Schluss) ls/bj

~

Rückfragehinweis:

SPÖ-Parlamentsklub

01/40110-3570

klub@spoe.at

<https://klub.spoe.at>

~

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/199/aom>

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER  
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT \*\*\*

OTS0096 2021-02-22/12:31

221231 Feb 21

Link zur Aussendung:

[https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20210222\\_OTS0096](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20210222_OTS0096)